



## **PRESSEINFORMATION**

*Als Reaktion auf einen sehr sachlichen offenen Brief von inzwischen weit mehr als 60 Nachbarn der geplanten Brieselanger Traglufthalle verweigert der Landkreis in einer Pressemitteilung weiterhin das Gespräch mit den Betroffenen. Stattdessen schafft er auf fragwürdiger rechtlicher Grundlage Fakten und hebt die ohnehin schwachen Mitwirkungsrechte der gewählten Gemeindevertreter aus. Dies ist auch Folge eines Landrates der sich sonst gerne öffentlichkeitswirksam in Szene setzt, in der Flüchtlingskrise aber lieber hinter seiner Verwaltung versteckt, statt die Herausforderungen persönlich anzugehen. Wir als Betroffene bestehen weiter auf einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge im Landkreis, einer echten Standortabwägung und einer verbindlichen Befristung für zeltartige Massenunterkünfte im Wohngebiet.*

### **Flüchtlinge gerecht im Landkreis verteilen**

Die Gemeinde Brieselang wird nach Fertigstellung der bislang geplanten Notunterkünfte in vier Objekten etwa 500 Flüchtlinge aufnehmen. Das sind mehr als 20 % aller derzeit im Havelland ankommenden Menschen (Stand Nov. 2015: 2.281). Gemessen an der Einwohnerzahl wird unser Ort damit einer der größten Standorte für Flüchtlinge im gesamten Landkreis. Die viermal so große Stadt Falkensee, in der auch einige der Entscheidungsträger wohnen, wird nach Errichtung einer weiteren Traglufthalle gerade einmal 667 Plätze bereit stellen und fühlt sich bereits jetzt an der Belastungsgrenze. Der Bürgermeister von Ketzin rühmt sich unterdessen in einem Interview (MOZ vom 11.11.2015), dass es in seiner Stadt jedenfalls keine Massenunterkünfte geben wird.

Wir fordern eine Planung, die sich an den auf Bundes- und Landesebene geltenden Verteilerschlüsseln orientiert und die Belastungen gleichmäßig auf die Kommunen verteilt.

### **Alle Alternativen prüfen**

Unser noch bis April amtierende Landrat Dr. Schröder, in der Krise ansonsten kaum in Erscheinung getreten, verweigert sich aktiv der Suche des Landes Brandenburg nach Alternativen für die Flüchtlingsunterbringung. So meinte er auf eine Anfrage des Krisenstabes Asyl nach einer vorübergehenden Nutzung des MAFZ-Erlebnisparks, er lasse sich nicht *seine* (!) *Kernstrukturprojekte kaputt machen* (MAZ vom 01.10.2015). Das entsprechende Objekt wird im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als *bizarrer Erlebnispark* und *Aufschwung-Ost-Investitionsgrab* gehandelt (FAZ vom 18.09.2015). Nach Geschäftsführerwechsel werden weitere 2,7 Mio. Euro benötigt, um die Attraktivität zu heben. Statt angesichts einer Notlage auf die nächste Rassekatzenausstellung zu verzichten, werden nun andernorts aufblasbare Großhallen neben Einfamilienhäusern errichtet. Die Pressemitteilung des Landkreises vom 25.11.2015 lässt zudem vermuten, dass eine Suche nach einem Standort für die in Brieselang geplante Traglufthalle über das Gemeindegebiet hinaus gar nicht erst stattgefunden hat. Die erforderliche Abwägung wird auch auf Nachfrage der gewählten Vertreter nicht offengelegt.

Wir verlangen eine sachgerechte Prüfung von vorhandenen Alternativen ohne Denkverbote.

## **Rechtliche Vorgaben einhalten - Kommunikation verbessern**

Der Landkreis stützt die Errichtung der drei Traglufthallen auf die Vorschriften der Brandenburger Bauordnung für Fliegende Bauten. Ob deren Voraussetzungen überhaupt erfüllt sind, darf bezweifelt werden. Zwar kann der Landkreis sich so seine Genehmigung quasi selbst ausstellen und hebt damit gleichzeitig die ohnehin sehr schwachen Mitwirkungsrechte der Gemeinden aus. Dafür müsste er als Bauherr allerdings die Absicht haben, die konkrete Anlage *in einer unbestimmten Anzahl von Fällen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums an verschiedenen Orten aufzustellen und abzubauen* (so z. B. Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 11. April 1990, Az. 3 S 676/90). Eine Errichtung zu Wohnzwecken als Ersatz für eine feste Unterbringung dürfte die Einordnung als Fliegenden Bau jedenfalls ausschließen.

In seiner Pressemitteilung präsentiert der Landkreis neuerdings Lärmmesswerte für das Gebläse der Traglufthalle, die deutlich unter jenen liegen, die er selbst auf einer Einwohnerversammlung am 25.09.2015 mitgeteilt hatte. Wir fragen uns, wie es zu dieser erstaunlichen Abweichung kommt. Auch wird nicht auf die über das Gebläse hinaus gehenden Belastungen eingegangen. Gespräche des Anwohnerkreises mit dem Brieselanger Bürgermeister und der Wählervereinigung Bürger für Brieselang ergaben zudem, dass bislang kein nachvollziehbares Sicherheitskonzept für den Standort Lange Straße übermittelt wurde und auch die Brandschutzsituation mehr als eine Frage offen lässt.

Nachdem auf der ersten Informationsveranstaltung im September viele Punkte unbeantwortet blieben, wollte der Landkreis die Anwohner ursprünglich auf einer weiteren Versammlung noch einmal gesondert informieren. Auf diese versprochene Gelegenheit, konfliktmindernd für seine Pläne zu werben, wird nun wohl verzichtet. Gute Kommunikation sieht anders aus!

Wir erwarten, dass sich der Landkreis an die baurechtlichen Vorgaben hält, Gemeinde sowie Anwohner angemessen mit einbezieht und endlich seine Kommunikation professionalisiert.

**Vor allem aber erwarten wir einen frühzeitigen Abbau und eine verbindliche Befristung der einzigen mitten im Wohngebiet liegenden Traglufthalle des gesamten Kreises.**

Anwohnerkreis Traglufthalle Brieselang,  
*Brieselang, den 08.12.2015*

Pressekontakt (nicht zur Veröffentlichung bestimmt):

Heiko Dünkel

Paul-Singer-Straße 5

14656 Brieselang

[traglufthalle.brieselang@gmail.com](mailto:traglufthalle.brieselang@gmail.com)